Stadt Oberhausen	**08.11.2012 15:00 Uhr**	**Umweltausschuss**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**

19. Sitzung des Umweltausschusses

Sitzungsraum 170 Rathaus Oberhausen, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen

Anwesende

Herr Martin Goeke	für Jürgen Dittmeyer
Frau Nuran Ilhan	
Herr Ralf Langnese	für Norbert Axt
Herr Christian Opdenhövel	für Thomas Kattler
Herr Ercan Telli	für Ulrich Real
Frau Anne Janßen	
Herr Werner Nakot	
Herr Dirk Vöpel	
Herr Arndt Barkowsky	
Herr Karl-Heinz Emmerich	
Herr Manfred Flore	
Herr Jürgen Grefermann	
Herr René Pascheberg	
Herr Horst Wolter	
Herr Frank Bandel	
Herr Denis Osmann	
Frau Georgis Schmidt	
Herr Michael Helmrich	
Frau Regine Winkels	bis 15.50 Uhr
Herr Peter Plew	

Abwesende

Herr Jürgen Dittmeyer
Herr Norbert Axt
Herr Thomas Kattler
Herr Ulrich Real

Verwaltung

Frau Beig. Sabine Lauxen	Dezernat 4
Herr Beig. Frank Motschull	Dezernat 2
Herr Dez. Jürgen Schmidt	Dezernat 0
Frau Sabina Scholz	FB 2-2-40
Frau Anne Rolf	FB 2-2-10
Herr Wolfgang Tingler	Bereich 6-1
Herr Roland Fitze	Bereich 6-1
Herr Horst Ohletz	Bereich 2-4

Herr Markus Werntgen-Orman	FB 2-2-30
Herr Bernhard Holzappel	FB 2-2-20

Gäste

Frau Maria Guthoff	WBO GmbH
Herr Karsten Woidtke	WBO GmbH
Herr Markus Pohl	Emschergenossenschaft
Frau Sylvia Junghardt	Emschergenossenschaft
Herr Dr. Matthias Winterhalder	Luelf und Rinke GmbH
Herr Thomas Lindemann	Luelf und Rinke GmbH
Herr Armin Röpell	Fraktionsgeschäftsführer Die Grünen

- Vertreter/innen der Medien -

Stadt Oberhausen	**08.11.2012 15:00 Uhr**	**Umweltausschuss**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**
19. Sitzung des Umweltausschusses Sitzungsraum 170 Rathaus Oberhausen, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1. Bestimmung des Ausschussmitgliedes für die Berichterstattung im Rat

2. Änderung der Abfallsatzung der Stadt Oberhausen vom 15.12.2010
   Vorlage: B/15/2348-01

3. Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes für die Stadt Oberhausen aufgrund des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung von 10.02.1998, zuletzt geändert am 11.12.2007 (FSHG NRW) sowie Kenntnisnahme des Entwurfs des Rettungsdienstbedarfsplanes
   Vorlage: B/15/2341-01

4. Warnung der Bevölkerung bei Großschadensereignissen
   - mündlicher Vortrag -

5. Ökologische Verbesserung des Läppkes Mühlenbaches
   Antrag auf Plangenehmigung gemäß § 68 (2) Wasserhaushaltsgesetz (WHG)
   Vorlage: M/15/2357-01

6. Dichtheitsprüfung nach § 61 a Landeswassergesetz:
   Aktuelles zum Thema Dichtheitsprüfung bei privaten Abwasserleitungen
   Vorlage: M/15/2365-01

7. Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN:
   Beauftragung der Verwaltung mit einer Berichterstattung über die Konsequenzen des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes
   Vorlage: A/15/2361-01

Stadt Oberhausen	**08.11.2012 15:00 Uhr**	**Umweltausschuss**
	Wahlzeit 2009/2014	**Niederschrift**
19. Sitzung des Umweltausschusses Sitzungsraum 170 Rathaus Oberhausen, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Die Vorsitzende eröffnet die 19. Sitzung des Umweltausschusses um 15:00 Uhr und begrüßt die anwesenden Mitglieder, Vertreter/innen der Verwaltung, die Gäste und Medienvertreter/innen.

Die Einladungen zur Sitzung sind ebenso wie die Beratungsvorlagen form- und fristgerecht zugeleitet worden.

Sie stellt die Beschlussfähigkeit des Umweltausschusses fest.

Einwendungen zur Tagesordnung werden nicht erhoben.

Frau Janßen begrüßt ganz herzlich die neue Beigeordnete des Dezernates 4 – Umwelt, Gesundheit, ökologische Stadtentwicklung - Frau Sabine Lauxen und versichert ihr eine faire und lebendige Zusammenarbeit.

Frau Lauxen freut sich auf faire, sachliche und lösungsorientierte Diskussionen und greift als wichtige Themenschwerpunkte Klimaschutz, Luft und Lärm sowie Umweltbildung heraus.

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1. Bestimmung des Ausschussmitgliedes für die Berichterstattung im Rat

Berichterstatter im Rat ist Herr Werner Nakot.

2. Änderung der Abfallsatzung der Stadt Oberhausen vom 15.12.2010 Vorlage: B/15/2348-01

Der Umweltausschuss berät die Drucksache B/15/2348-01 einstimmig zustimmend vor.

3. Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes für die Stadt Oberhausen aufgrund des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung von 10.02.1998, zuletzt geändert am 11.12.2007 (FSHG NRW) sowie Kenntnisnahme des Entwurfs des Rettungsdienstbedarfsplanes Vorlage: B/15/2341-01

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Dr. Winterhalder und Herrn Thomas Lindemann von der Luelf und Rinke Sicherheitsberatung GmbH, die auch die Organisationsuntersuchung bei der Feuerwehr durchgeführt haben, und erteilt ihnen das Wort für eine Präsentation der wesentlichen Aspekte aus den Bedarfsplänen.

Die Vorsitzende bedankt sich bei den Herren für den Vortrag und erteilt dem Dezernenten

Jürgen Schmidt das Wort.

Herr Schmidt ergänzt, dass der Personalrat und die Gleichstelllungsstelle dem Entwurf des Rettungsdienstbedarfsplanes bereits zugestimmt haben. Das weitere Beteiligungsverfahren läuft, und noch offene Punkte werden voraussichtlich bis Ende diesen Monats geklärt.

Herr Flore begrüßt die externe Begutachtung, die mit breiter Mitarbeiterbeteiligung stattgefunden hat. Die Firma verfügt über einen breiten Erfahrungsschatz in der Sicherheitsberatung, so Herr Flore, und die Oberhausener Bürger/innen können versichert sein, dass die Berufsfeuerwehr bestens aufgestellt ist. Die SPD-Fraktion stimmt der Vorlage zu.

Auf Nachfrage von Herrn Emmerich, woraus die steigenden Einsatzzahlen resultieren, erläutert Herr Lindemann, dass es sicherlich auf den demografischen Wandel aber auch auf verändertes Freizeitverhalten und wetterbedingte Umstände zurückzuführen sei.

Aus Gesprächen mit Feuerwehrmitarbeitern und Informationen aus den Medien hat Herr Opdenhövel Zweifel an der Attraktivität des Arbeitsplatzes Berufsfeuerwehr. Seiner Einschätzung nach gibt es in diesem Berufsfeld eine hohe Personalfluktuation, Abwanderungen zu anderen Städten, eine hohe Überstundenzahl und lange Beförderungszeiten. Herr Opdenhövel bittet die Verwaltung, die offenen Stellen möglichst kurzfristig zu besetzen und Beförderungen nicht nur in der Kernverwaltung sondern auch bei der Feuerwehr umzusetzen.

Aus Sicht der Vorsitzenden spricht die hohe Bewerberzahl sehr wohl für die Attraktivität der Feuerwehr als Arbeitgeber.

Herr Dezernent Schmidt ergänzt, dass die Bezirksregierung bereits 60 Beförderungen zugestimmt hat, davon ca. 1/3 bei der Berufsfeuerwehr. Er stellt klar, dass die „Wartezeiten" auf eine Höhergruppierung bei Feuerwehrbeamten vergleichbar sind mit denen in der Kernverwaltung und was die Abwanderung von Personal betrifft, handelt es sich bisher nur um Einzelfälle. Die zur Zeit unbesetzten Stellen sollen kurzfristig besetzt werden, so wird auch versucht auf dem freien Markt Menschen für die Feuerwehr zu gewinnen, so Herr Schmidt.

Der Umweltausschuss berät die Drucksache B/15/2341-01 einstimmig zustimmend vor.

4. Warnung der Bevölkerung bei Großschadensereignissen - mündlicher Vortrag -

Die Vorsitzende erteilt Herrn Tingler, dem Leiter der Berufsfeuerwehr Oberhausen, das Wort für einen kurzen mündlichen Vortrag zum Thema.

Herr Tingler erinnert daran, dass im Jahre 1993 bundesweit das Sirenensystem zur Warnung der Bevölkerung bei Großschadensereignissen aus Kostengründen abgeschaltet worden ist. Seit dem beschränkt sich das Warnsystem auf Rundfunk- und Lautsprecherdurchsagen, sowie telefonische Informationen an Krankenhäuser, Kindertageseinrichtungen, Schulen, etc..
Die Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren drängt auf die flächendeckende

Wiedereinführung von Sirenen, weil ein effektives „Weck"-System, das einen Großteil der Bevölkerung im Ereignisfall sicher erreicht, ohne Sirenen nicht realisierbar ist.

Herr Beigeordneter Motschull ergänzt, dass bei einem heutigen Treffen der Dezernenten für den Katastrophenschutz dieses Thema auch auf der Agenda war. Die Stadt Köln testet zur Zeit ein modulares Warnsystem, die Ergebnisse bleiben abzuwarten. Wichtig ist, dass ein effektives Warn-/Wecksystem kommt, in welcher Form ist nicht so entscheidend. In diesem Zusammenhang sind viele Fragen zu klären, beispielsweise ob die Warnung der Bevölkerung eine kommunale Pflichtaufgabe ist und wie die Finanzierung geregelt werden soll. Der Städtetag wird zu diesem Thema mit dem Land und dem Bund korrespondieren.

Frau Janßen bedankt sich bei den Verwaltungsvertretern.

Der Umweltausschuss nimmt den mündlichen Vortrag zur Kenntnis .

5. Ökologische Verbesserung des Läppkes Mühlenbaches Antrag auf Plangenehmigung gemäß § 68 (2) Wasserhaushaltsgesetz (WHG) Vorlage: M/15/2357-01

Die Vorsitzende begrüßt Frau Junghardt und Herrn Pohl von der Emschergenossenschaft und erteilt ihnen das Wort für eine gemeinsame Präsentation des geplanten Vorhabens.

Frau Janßen bedankt sich nach deren Ausführungen über die Inhalte und Abläufe des Projektes für den informativen Vortrag und begrüßt insbesondere, dass durch diese Maßnahme neben der ökologischen Qualität der Erholungs- und Freizeitwert für Oberhausen deutlich gesteigert wird.

Aus formalen Gründen weist die Vorsitzende auf zwei Schreibfehler in der Vorlage hin. In Zeile 48 ist das Wort „ehemaligen" zu streichen und in Zeile 59 muss es Osten heißen und nicht Süden.

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache M/15/2357-01 zur Kenntnis .

6. Dichtheitsprüfung nach § 61 a Landeswassergesetz: Aktuelles zum Thema Dichtheitsprüfung bei privaten Abwasserleitungen Vorlage: M/15/2365-01

Die Beigeordnete Lauxen erläutert eingangs den aktuellen Sachstand.

Den Einwand von Herrn Bandel, einige Bürger/innen hätten bereits Geld investiert, weil die öffentliche Diskussion zu früh geführt worden ist und die SPD-Fraktion und die Fraktion Die Grünen in vorauseilendem Gehorsam eine satzungsrechtliche Regelung beschlossen haben, weist der Beigeordnete Motschull entschieden zurück.

Die Satzung war von ihrer Formulierung her nie Veranlassung für die Bürger/Innen eine Dichtheitsprüfung durchzuführen. Sollten sie es dennoch getan haben dann, ausschließlich auf der Grundlage der landeswasserrechtlichen Regelungen, so der Beigeordnete Motschull.

Die Verwaltung hat wegen der auf Landesebene bis jetzt stattgefundenen Diskussionen auf alle Anfragen aus der Bevölkerung und von den Medien geraten, zunächst noch auf das abschließende Ergebnis von Seiten des Landesgesetzgebers zu warten.

Herr Vöpel bekräftigt diese Aussage; in Bürgerversammlungen und auf Einzelanfragen ist immer wieder verwiesen worden, das zwar eine Satzungsänderung auf Basis des Landesrechts zu machen war, die Hausbesitzer im Normalfall aber abwarten sollen.

Der Umweltausschuss nimmt die Drucksache M/15/2365-01 zur Kenntnis .

7. Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN: Beauftragung der Verwaltung mit einer Berichterstattung über die Konsequenzen des neuen Kreislaufwirtschaftsgesetzes Vorlage: A/15/2361-01

Herr Vöpel erläutert eingangs für die SPD-Fraktion den Antrag und bittet die Verwaltung alles Relevante zum Thema in der nächsten Sitzung des Umweltausschusses darzustellen.

Nach Ergänzungen durch Herrn Pléw für die Fraktion Die Grünen erwartet Frau Janßen in der nächsten Sitzung des Umweltausschusses am 6. Dezember 2012 eine umfassende Berichterstattung.

Der Umweltausschuss beschließt den Antrag A/14/2361-01 einstimmig.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung : 16.20 Uhr

Vorsitzende
Anne Janßen

Schriftführerin
Sabina Scholz